

"Santer wollte nach seinen Taten beurteilt werden. Das wäre getan" in La Libre Belgique

Legende: Am 17. März 1999 kommentiert die belgische Tageszeitung La Libre Belgique den kollektiven Rücktritt der Europäischen Kommission unter dem Vorsitz Jacques Santer zwei Tage zuvor und zieht eine Bilanz der Arbeiten und der Ereignisse, die zu diesem Rücktritt geführt haben.

Quelle: La Libre Belgique. 17.03.1999, n° 76. Bruxelles. "Santer voulait qu'on le juge sur ses actes. C'est fait", auteur:Lamfalussy, Christophe , p. 2.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/santer_wollte_nach_seinen_taten_beurteilt_werden_das_wa_re_getan_in_la_libre_belgique-de-6a9310ae-c5bd-4896-b4d0-fa230c8d9b8d.html



Publication date: 05/07/2016

Santer wollte nach seinen Taten beurteilt werden. Das wäre getan

Der Präsident der Europäischen Kommission war von vornherein verurteilt und verstand es nicht, verschiedene noch aus der Zeit seines Vorgängers Delors stammende Angelegenheiten zufriedenstellend zu handhaben. Seine Kommission hatte sich zu ehrgeizige Ziele gesteckt, für die ihr die dafür notwendigen Mittel verweigert wurden. Das Parlament gab ihr dann den Rest. Was bleibt, sind der Euro, das Steuerwesen, der Wettbewerb, die Telekommunikation.

ANALYSE VON CHRISTOPHE LAMFALUSSY

„Ich möchte, dass Sie mich nach meinen Taten beurteilen“, hatte Jacques Santer im Juli 1994 seinen Kritikern entgegengehalten, die in dem ehemaligen luxemburgischen Premierminister lediglich einen blassen Abklatsch seines Vorgängers Jacques Delors und ein Behelf für den von John Major nicht erwünschten Jean-Luc Dehaene sahen.

Montagabend erging das Urteil wie ein Fallbeil über das Kollegium der zwanzig europäischen Kommissare. Ein einziger Satz des Ausschusses der Weisen genügte für das Todesurteil: Die Kommission *„habe die Kontrolle über die Behörde verloren, die sie verwalten soll. Dieser Kontrollverlust bedeutet von vornherein eine schwerwiegende Verantwortung sowohl jedes einzelnen Kommissars als auch der Kommission als Kollegium“*.

Zwischen diesen beiden Äußerungen liegen weniger als fünf Jahre. Einige Kommissare haben beträchtlich gearbeitet. Andere waren nachlässig. Letztendlich ist es jedoch Santer, der die Risiken und die volle Verantwortung zu tragen hatte.

Verschiedentlich wird die Auffassung vertreten, dass die Santer-Kommission von Anfang an unter dem zu stark ausgeprägten Individualismus der Kommissionsmitglieder litt und dass Santer unverzüglich hätte gegensteuern müssen. Andere sind der Ansicht, dass die Bilanz in einem zu schlechten Licht dargestellt wird.

Fernand Herman beispielsweise war einer der ersten, der Jacques Santer öffentlich als *„einen netten Kerl“* bezeichnete, *„der alles andere als eine starke Führungspersönlichkeit“* sei.

Heute bescheinigt dieser christlich-soziale Europaabgeordnete der Kommission eine *„bemerkenswerte“* Arbeit in vier Bereichen: Einführung des Euro, Wettbewerbsrecht, Steuerwesen und Deregulierung im Telekommunikationswesen. *„Dies sind vier Bereiche, in denen die Kommission brillante Arbeit geleistet hat, und das Verdienst dafür gebührt Silguy, Van Miert, Monti et Bangemann.“*

Jedoch, fügt Fernand Herman hinzu, habe diese europäische Exekutive den folgenschweren Fehler begangen, sich auch mit Fragen wie beispielsweise der Unterstützung der osteuropäischen Länder oder humanitären Angelegenheiten beschäftigen zu wollen, für die sie weder zuständig war noch über das entsprechende Personal verfügte. Indem sie diese Angelegenheiten delegierte, kam es zu betrügerischen Machenschaften.

Santers ungeschickter und zu zaghafter Umgang mit der Presse tat ein Übriges. Die Medien durchforsteten unablässig die Dossiers der Kommission, wurden damit jedoch von den in verschiedenen Mitgliedstaaten begangenen betrügerischen Machenschaften zu Lasten des europäischen Haushalts abgelenkt. Die Dienststelle für Betrugsbekämpfung (UCLAF) ermittelte, dass von den 954 erfassten Betrugsfälle 927 von den Mitgliedstaaten bzw. von Privatunternehmen, jedoch nur 27 von europäischen Beamten begangen worden waren.

Jacques Santer ging auf der Pressekonferenz am Dienstag kurz auf einen weiteren, oft übersehenen Punkt ein: Vier der sechs von dem Ausschuss unabhängiger Sachverständiger erwähnten Betrugsfälle haben ihre Wurzeln in den Jahren der Delors-Kommission. Die Fehler der Vergangenheit wurden durch Santer nicht korrigiert, obwohl, wie ein enger Mitarbeiter formulierte, *„wir für eine bestimmte Politik Delors' bezahlen,*

der seine Netzwerke in die Kommission mitgebracht hatte. Edith Cresson ist das beste Beispiel dafür.“

SCHWIERIGE BEZIEHUNGEN ZUM PARLAMENT

In den Augen verschiedener Beobachter konnte die Kommission bei mindestens zwei Vorgängen nicht Kurs halten. Dabei geht es erstens um das gespannte Verhältnis zum Europäischen Parlament, dem angesichts der Wahlen am 13. Juni an einer Verstärkung seiner Befugnisse gelegen war. Der zweite ist die Haltung der Kommission in den Beitrittsverhandlungen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern, die der deutschen und österreichischen Position zu nahe war.

Eine der Kommission nahe stehende Quelle in Brüssel erzählt: *„Als ich heute morgen ein verantwortliches Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament am Hörer hatte, sagte ich ihm: Das habt ihr gut eingefädelt. Die sozialdemokratische Fraktion hat bekommen, was sie wollte: den kollektiven Rücktritt.“*

Die stärkste Fraktion im Parlament hatte Jacques Santer nie gemocht. Im Juni 1994 hatte sie sich mehrheitlich gegen die Ernennung Santers zum Kommissionspräsidenten ausgesprochen. In der Folgezeit wurden von den europäischen Parlamentariern fünf Misstrauensanträge eingebracht, die allesamt erfolglos blieben.

Der fünfte Antrag im vergangenen Januar betraf die Betrugsfälle. Die Sozialdemokraten wünschten den Rücktritt der gesamten Santer-Kommission. Die Christdemokraten forderten lediglich den Rücktritt der beiden Sozialisten Edith Cresson und Manuel Marín. Kurz vor der Abstimmung beschlossen die beiden Fraktionen in einem Kompromiss, einen Ausschuss unabhängiger Sachverständiger einzusetzen. Am 15. Januar erhielt der Misstrauensantrag 232 Ja-Stimmen und 293 Nein-Stimmen bei 27 Enthaltungen.

Diese Misstrauensanträge waren zwar erfolglos, sie zeigen aber auf jeden Fall die Machtverschiebung zugunsten des Europäischen Parlaments. Bereits der Vertrag von Maastricht hatte ihm das Recht verliehen, der Ernennung einer neuen Kommission als Kollegium zuzustimmen. Und von diesem Recht hatte das Parlament weidlich Gebrauch gemacht und alle Kommissare akribisch überprüft, dabei Edith Cresson festgenagelt, weil sie während ihrer Anhörung im Januar 1995 vergessen hatte zu erwähnen, dass die Bildung zu ihrem Aufgabenbereich gehörte.

Der Vertrag von Amsterdam, der zum 1. Juni in Kraft treten soll, geht noch einen Schritt weiter: Er verleiht den Europaabgeordneten das Recht, den Kommissionspräsidenten durch Abstimmung zu bestätigen, nach dessen Benennung durch die 15 Mitgliedstaaten

Der Mannschaft um Santer wird außerdem vorgeworfen, dem Druck der Mitgliedstaaten für ein anstehendes Abkommen über die Finanzreform der Union zu schnell nachgegeben zu haben. *„Man spürte in der Agenda 2000, dass sie auf ihr Ende zu steuerte“*, urteilt ein ranghoher Diplomat, der der Kommission vorwirft, sich eilfertig den acht Ländern angeschlossen zu haben, die die Ausgaben der EU zu einem Zeitpunkt stabilisieren wollten, als bedeutende Erweiterungen bevorstanden.

GNADENSTOSS AM DIENSTAGABEND

Diese beiden Faktoren zusammengenommen haben das europäische Exekutivorgan geschwächt und nach Prüfung des vollständigen Berichts der unabhängigen Sachverständigen Montagabend schließlich zu Boden gezwungen. Die Kommissare sprachen sich einvernehmlich für den kollektiven Rücktritt aus, aber erst nachdem der Brite Sir Leon Brittan vorgeschlagen hatte, einige Kommissare einschließlich Santer auf dem Altar der Union zu opfern und mehrere umstrittene Programme zu streichen. Die Kommissare resignierten schließlich, als gegen 22 Uhr die Vorsitzende der europäischen sozialdemokratischen Fraktion Pauline Green den kollektiven Rücktritt der Kommission forderte. Dieser bedrohlichen Perspektive hatte die Kommission nichts mehr entgegenzusetzen.